

Fassungslosigkeit und ohnmächtige Wut

Polizeiskandal: „Beuths Krisenbewältigung“ und „Polizeichef muss gehen“, FR-Regional vom 18. und 15. Juli

Was hat die Polizei über uns gespeichert?

Drei Anmerkungen zum hessischen Polizeiskandal:

Als Saskia Esken Anfang Juni auf die Möglichkeit des latenten Rassismus bei der Polizei hinwies, wurde sie von großen Teilen der deutschen Presse ordentlich in den Senkel gestellt, flankiert von den eigenen Genossen. Ich vermisse jetzt die ebenso laut vorzutragende Bitte um Entschuldigung gegenüber der SPD-Vorsitzenden.

Was steht eigentlich so alles über unbescholtene Bürgerinnen in Polizeicomputern? Hätte ich ein Recht, das zu erfahren? Warum werden in solchen Computern überhaupt ansonsten unzugängliche Daten über Bürgerinnen gespeichert? Wo hat die Polizei diese her? Die Aufklärung hierüber vermisse ich.

Nach wie vor wird immer wieder beteuert, dass die große Menge der PolizeibeamtInnen fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Wenn sie in der großen Überzahl sind: Warum sind eben diese Menschen (vom einfachen Polizisten bis hin zur Vorgesetzten) dann nicht in der Lage, die wenigen Nazis in ihren Reihen ausfindig zu machen und zu entfernen? Ist es nicht falsch verstandener Korps-Geist, diese Leute zu decken? Wäre es dem Korps nicht dienlicher, wenn es nur aus aufrechten, dem demokratischen Gedanken verhafteten Menschen bestünde, so wie es uns alltäglich in den Fernsehkrimis vorgeführt wird?

Marianne Friemelt, Frankfurt

Ist der Ruf erst ramponiert ...

Trotz Fahndung keinerlei Ergebnisse – wie wäre es mit einer hohen Belohnung? Jetzt stochern alle aufgeregt im Nebel, und die Fahnder laufen Gefahr, sich lächerlich zu machen. Dabei ist der Vorgang sehr ernst. Schwer vorstellbar, dass man im Netz ohne Spuren übelste Mails verschicken kann. Noch schwerer zu glauben ist der ungeheure Verdacht, dass diese Mails aus Kreisen der Polizei kommt. Wobei das ja schon kein Verdacht mehr ist – sondern Gewissheit.

Statt Stochern im Nebel – wie wäre es hier eine hohe Belohnung auszuloben für die Ergreifung der Täter (es sind vermutlich Männer)? 50 000 oder 100 000 Euro dürften den Fahndungserfolg deutlich steigern. Das ist dann immer noch günstiger, als Spitzenbeamte in den Ruhestand zu schicken. Und der ramponierte Ruf lässt sich wieder etwas verbessern. Doch das muss man auch wollen.

Uwe Barkow, Frankfurt

Die Gefahr wächst, dass die Hütte brennt

Beim wiederholten Lesen über die verschlafenen und unwilligen Reaktionen der CDU-Innenminister Beuth, Seehofer u.a. gegenüber den zunehmenden rechtsterroristischen Bedrohungen und Anschlägen kommt in mir eine Mischung aus Fassungslosigkeit und ohnmächtiger Wut hoch.

Als älteres Semester erinnere ich mich noch sehr gut an die RAF-Zeiten in den 70er Jahren. Obwohl deren (scheußliche) Anschläge und Morde inzwischen von denen der Rechtsterroristen – beginnend mit dem Oktoberfest-Attentat von 1980 bis Halle und Hanau – weit in den Schatten gestellt wurden, was Anzahl der Täter/innen und Opfer angeht, waren sie damals das beherrschende Thema in der Politik. Es gab Gesetzesverschärfungen und Fahndungen aller Art in einer Stimmung aus Hysterie und Schuldzuschreibung („Sympathisanten“-Vorwurf z.B. gegen Heinrich Böll). Bei jedem Grenzübertritt wurde ich als Träger von Bart und langen Haaren intensiv überprüft, bei mancher Autokontrolle blickte man in die Mündung von Maschinenpistolen der Polizei.

Heute dagegen sind die zuständigen Minister mehr mit ihrem angekratzten Image als mit wirkungsvoller Aufklärung und Bekämpfung der rechten Straftaten beschäftigt. Dass der Skandal der innerpolizeilichen Netze von zumindest Sympathisanten der Rechtsterroristen nicht aufgeklärt werden kann oder soll, hat dann so fatale Folgen, dass die Polizistinnen und Polizisten, die zugunsten eines Verletzten

an der Alten Oper am Samstag einschränken, sich von angetrunkenen Chaoten unter dem – konkret sicher nicht berechtigten – Vorwurf, mit brutaler Polizeigewalt in Verbindung zu stehen, beleidigen und angreifen lassen mussten. Und noch fataler: Die von Hetzschreibern Bedrohten stehen zwar weiter tapfer in der Öffentlichkeit, müssen aber nach dem Attentat auf Walter Lübcke durchaus um ihr Leben und die Sicherheit ihrer Angehörigen fürchten.

Was ich mir heute wünsche, ist nicht die Überreaktion und Hysterie der 70er Jahre. Aber diese hohe Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Politik für diese Gefährdung unserer Demokratie stünde uns heute wohl an. Stattdessen hat die Empörung nach einem Attentat nur eine kurze Halbwertszeit, und man geht schnell wieder zur Routine von Verharmlosung („Einzelfälle“) und Vertuschung über. Nachdem lange genug den Anfängen nicht gewehrt wurde, wächst nun die Gefahr, dass die Hütte brennt.

Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

Einen wie Peter Beuth kann man gebrauchen

Gratulation an den hessischen Innenminister Peter Beuth (CDU). In Schachspielen nennt man das ein „Bauernopfer“. Manchmal muss am einen Bauern opfern (dem abgetretenen Landespolizeipräsidenten Udo Münch), damit ein Läufer (Beuth) politisch überleben kann. In Public Relations – vormals Propaganda – wird das „Framing“ genannt. Das versteht Peter Beuth sehr gut. Er hat einen Beamten in den Ruhestand versetzt und damit die gesamte Debatte „reframed“. Schwupps! Alle reden nur noch über die hessische Polizei und den „NSU 2.0“ und niemand mehr über Peter Beuth und die CDU. Innerhalb der CDU sollte man sich Gedanken über Peter Beuth machen. So einen Mann kann man gebrauchen. Er hat sich für höhere Aufgaben qualifiziert. Gratulation

Thomas Klikauer, Sydney (AUS)

Diskussion: frblog.de/polizei-rechts



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200720

Folgende Themen stehen derzeit im FR-Blog zur Diskussion:

Randale auf dem Opernplatz
Das Pflege-Dilemma
Streit übers Lieferkettengesetz
Rechtsextreme in der Polizei
Ende der Maskenpflicht?

Und weitere mehr. Eine Übersicht über alle Themen gibt es hier: frblog.de/aktuell

Frauen im Vorteil

Urteil zum Paritätsgesetz: „Ein Schritt zurück“, FR-Meinung vom 16. Juli

Wieder einmal geht es in der Politik um das Thema, wie die Rechte der Frauen zu stärken sind; zweifellos ein sehr wichtiges, weil in unserer vieltausendjährigen, noch immer zutiefst patriarchalischen Sozialstruktur grundsätzlich ungelöst. Ein Aspekt in diesem Zusammenhang wird zu wenig beachtet. Es geht darum, was Frauen mit Frieden zu tun haben. Denn ohne Frieden werden wir, wie heute schon spürbar, im Chaos aus Armut und Krieg zu enden. Zweifellos sind Frauen hier im Vorteil, weil sie generell friedlicher sind. Die Despoten dieser Welt sind ausnahmslos Männer, denn wir sind aufgrund unserer Entwicklung auf Gewinn, Macht und Geld ausgerichtet. Das wird sogar in unseren Demokratien immer wieder in Form von Bestechung und Korruption deutlich. Wenn nicht Frauen in der Politik sehr viel mehr zu sagen haben, wird sich daran auch kaum etwas ändern. Eine Frauenquote kann vielleicht helfen, aber es gehört mehr dazu.

So ist es unumgänglich, Frauenrechte viel mehr als bisher zu stärken: So müssen Kinder in der Rente von Frauen angemessener berücksichtigt werden. Und wir müssen auch unten anfangen. So sollten beispielsweise Mädchen, auch aus finanziell schwachen Familien, schon in der Grundschule in ihrer intellektuellen Entwicklung viel stärker als bisher gefördert werden. Das alles ist keine Bevorzugung, sondern bittere Notwendigkeit, um unsere Zukunft zu sichern.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

Diskussion: frblog.de/lf-20200720

Gabriel ist kein Einzelfall

Erwiderung auf „Gabriel hat eine Steilvorlage geliefert“ vom 15. Juli

Ich wusste bislang nicht, dass Sozialdemokrat eine Art Beruf oder Job ist, den man beliebig gegen einen besser bezahlten tauscht, wenn denn ein solcher angeboten wird. Und auch nicht, dass Abgeordnete und Minister offenbar „mäßig“ entlohnt werden. Oder das Kritiker dessen nur „jammernde Saubermänner“ sind. Das sollte den Wählern beim nächsten Mal bitte vor der Wahl gesagt werden. Und dann auch gleich, dass Wahlversprechen so ernst zu nehmen sind wie die sonstige Werbung. Doch Scherz beiseite: Gabriel und seine Käuflichkeit durch Tönnies ist zwar krass, doch beileibe kein Einzelfall, man denke nur an Herrn Schröder. Und wenn man auf die Verdienste der Sozialdemokraten verweist, dann bitte nicht Hartz IV vergessen. Bedankt Euch bei diesen Parteiführern für den Niedergang der Sozialdemokratie und für das, was heute Politik heißt. Jochim Maack, Hamburg

Diskussion: frblog.de/toennies-2

In den Händen der Autokraten

Zum Zustand der EU: „Das nationale Europa“, FR-Meinung vom 18. Juli

Oh, Europa! Da ist zur Zeit nichts außer Geld. So scheint es. Das ist vielleicht der kleinste gemeinsame Nenner der sogenannten Europäischen „Union“. Ich nenne sie in Anführungszeichen, weil es eine Union, die Einstimmigkeit bei der Abstimmung über eine Änderung ihrer Verfassung fordert, in keiner Verfassung eines Staatenbundes gibt und geben kann. Denn Einstimmigkeit und Einheit schließen sich aus. Das Prinzip der Einstimmigkeit war aber das einzige europäische Signal, was die „großen“ Politiker meiner Generation bisher vollbrachten.

Der 2009 in Kraft getretene (letzte) europäische Vertrag (Lissabon) reduzierte zwar die Zahl der in der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 vorgesehenen Bereiche der Einstimmigkeit. Die EU bleibt aber politisch eine „lame duck“. Deshalb liegt ihr Schicksal auch – am Ende – in den Händen u.a. der Autokraten (Ungarn, Polen usw.). Diese pfeifen auf den Rechtsstaat. Wer sie zur Raison bringen will, dem wird (etwa) mit der Weigerung gedroht, dem Finanzpaket oder dem EU-Haushalt usw. nicht zuzustimmen. Geld heiligt offenbar jeden Zweck.

Eine Änderung des Europäischen Vertragswerks ist dringend geboten. Es ist zum Verzweifeln! Gleichwohl ist der Wert der bestehenden Einigung unbestreitbar. Sein nicht zu überschätzender Vorteil, den wir bei den Konflikten der jetzigen EU leicht übersehen, liegt im Netzwerk des europäischen Rechts. In der Letztentscheidungsbefugnis des EU-Gerichtshofs. Ein Blick in die Katastrophen-Geschichte unseres Landes klärt darüber auf. Die Weimarer Verfassung war zwar demokratisch. Sie bot aber gegen politischen Extremismus keinen Schutz. Michael Bouteiller, Lübeck

FR ERLEBEN

Manuel Almeida Vergara diskutiert im „Modcast“ mit Patrice Bouédibéla über den Sinn einer „Frankfurt Fashion Week“. Die Ausgabe des Mode-Podcasts ist abrufbar auf fashionunited.de/modcast.podigee.io

Andreas Schwarzkopf spricht mit Nicole Deitelhoff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) über „Sündenböcke und Verschwörungstheorien: Spaltet Corona die Gesellschaft?“ Verfolgen Sie das Gespräch von Heinrich-Böll-Stiftung, HSFK und FR per Livestream auf Youtube und diskutieren Sie mit.

Dienstag, 28. Juli, 19 Uhr
boell-hessen.de/YouTube